

## Sitzungsniederschrift

### 3. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

Sitzungsort: <b>Kreisvolkshochschule Aurich, Oldersumer Straße 65 - 73, Raum 101, 26605 Aurich</b>		
Sitzungsdatum: <b>14.03.2022</b>	Sitzungsbeginn: <b>15:00 Uhr</b>	Sitzungsende: <b>16:30 Uhr</b>

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
<b>Vorsitz</b>		
Jelken, Friedhelm	CDU/FDP	
<b>Mitglieder</b>		
Altmann, Gila	GRÜNE	
Bargmann, Bodo	CDU/FDP	
Biller, Anita	SPD	Vertretung für Herrn Axel Stange
Buschmann, Saskia	CDU/FDP	
Fohrden, Siebelt	CDU/FDP	Vertretung für Herrn Arnold Gossel
Harm-Rehrmann, Angela	SPD	
Harms, Antje	SPD	
Kleinert, Ingeborg	SPD	Vertretung für Herrn Alfred Jacobsen
Meyerholz, Hans-Gerd	FW im Landkreis Aurich	
Saathoff, Georg	SPD	Vertretung für Herrn Enno Krüsmann
Weiss, Edgar	FW im Landkreis Aurich	
Wimberg, Theo	SPD	
<b>Grundmandat</b>		
Looden, Jan	AfD	
<b>Verwaltung</b>		
Ahten, Eiko		Baudezernent
Hanekamp, Nicole		Protokollführerin
Herrmann, Darinka		Stv. Gleichstellungsbeauftragte

Meinen, Olaf	Landrat
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Saathoff, Irene	Amtsleiterin Zentrale Finanzverwaltung

**Nicht anwesend:**

**Vorsitz**

Gossel, Arnold                      CDU/FDP

**Mitglieder**

Jacobsen, Alfred                      SPD

Krüsmann, Enno                      SPD

Stange, Axel                          SPD

**Tagesordnung**

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 21.02.2022
5. Einwohnerfragestunde
6. Dritte Beratung des Haushaltsplanes 2022
  - 6.1. Antrag der FW-Fraktion; Verdoppelung des Haushaltsansatzes für die langfristige Sicherstellung der Ärzteversorgung  
Vorlage: X-AF/2022/009
  - 6.2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Übertragung der Restmittel aus dem Kulturfonds und Verlängerung der Antragsfrist  
Vorlage: X-AF/2022/010
  - 6.3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Verwendung der Gewinne aus den Erlösen der Beteiligung an Windkraftanlagen für den sozialen Wohnungsbau  
Vorlage: X-AF/2022/011
  - 6.4. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Erstellung einer Kostenbedarfsplanung zur energetischen Sanierung der Außenfassade des Kreishauses  
Vorlage: X-AF/2022/012
  - 6.5. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Erhöhung der Aufwendungen für Tagespflegepersonen  
Vorlage: X-AF/2022/014
7. Verschiedenes, Wünsche und Anregungen
8. Einwohnerfragestunde
9. Schließung der Sitzung



Öffentlicher Teil:

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung

**Stv. Vorsitzender Jelken** eröffnete um 15.00 Uhr die 3. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

---

**TOP 2** Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

**Stv. Vorsitzender Jelken** stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordnete Biller vertrat den Abgeordneten Stange und Abgeordneter Fohrden den Abgeordneten Gossel. Abgeordnete Kleinert nahm für den Abgeordneten Jacobsen und Abgeordneter Saathoff für den Abgeordneten Krüsmann an der Sitzung teil.

---

**TOP 3** Feststellung der Tagesordnung

Die für die Sitzung aktualisierte Tagesordnung wurde in der vorliegenden Fassung festgestellt.

---

**TOP 4** Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 21.02.2022

**Abgeordnete Altmann** wies auf die Seite fünf der Niederschrift bzgl. der Haushaltsansätze für die Energiekosten hin. Sie habe sich in dem Zusammenhang nach der von Landrat Meinen erwähnten Kostenschätzung hinsichtlich der energetischen Fassaden-sanierung des Kreishauses mit einem Volumen von voraussichtlich 10 Mio. € erkundigt. Sie bat um entsprechende Ergänzung des Protokolls.

*Die Anlage 3 (aktuelle Übersicht zum Schullastenausgleich) wurde in der Zwischenzeit ausgetauscht, weil die Schülerzahl der KGS Hage-Norden nicht richtig hinterlegt war.*

Die Niederschrift über die 2. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 21.02.2022 wurde mit diesen Änderungen einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 10      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 3  
➔ **einstimmig beschlossen**

---



**TOP 5**      **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

---

**TOP 6**      **Dritte Beratung des Haushaltsplanes 2022**

**Landrat Meinen** verwies auf die letzte Haushaltsberatung in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 21.02.2022. Bezüglich der Einplanung des Defizitausgleichs für die Ubbo-Emmius-Klinik gGmbH müsse die Aufsichtsratssitzung am 23.03.2022 abgewartet werden. Er bat darum, die für den 22.03.2022 vorgesehene Fachausschusssitzung, in der der Empfehlungsbeschluss für den Haushalt gefasst werden solle, auf den 24.03.2022, 15.00 Uhr, zu verschieben.

*Die anwesenden Ausschussmitglieder stimmten der Sitzungsverschiebung zu.*

Die Frage des **Abgeordneten Weiss**, ob neben den Haushaltsmitteln beim Produkt „Katastrophenschutz“ sowie den verschiedenen Ansätzen im Investitionsplan weitere Haushaltsmittel für den Katastrophenschutz eingeplant seien, wurde von **Frau Saathoff** verneint.

Außerdem wollte er wissen, in welchem Fachausschuss der Katastrophenschutz angesiedelt sei.

**Erster Kreisrat Dr. Puchert** antwortete, dass es keinen gesonderten Fachausschuss hierfür gebe und die Anfragen direkt an den Kreisausschuss/Kreistag gerichtet werden müssen.

**Abgeordneter Weiss** erkundigte sich, ob neben den Haushaltsansätzen (Ergebnishaushalt und Investitionen) zur Schulwegsicherung beim Amt für Kreisstraßen, Wasserwirtschaft und Deiche weitere Mittel für die Schulwegsicherung eingeplant seien.

Die Frage wurde von **Frau Saathoff** verneint. Weitere Informationen seien beim Fachamt oder im Fachausschuss zu erfragen.

**Abgeordnete Altmann** verwies auf die Haushaltsberatung der Grünen mit der Verwaltung und wollte wissen, wann die eingereichten Fragen schriftlich beantwortet werden.

**Frau Saathoff** sagte, dass die Beantwortung nicht schriftlich, sondern mündlich in der heutigen Sitzung erfolgen werde.

*Nach der Beratung zu den Tagesordnungspunkten 6.1 bis 6.5 wurde die allgemeine dritte Beratung des Haushaltsplanes 2022 fortgesetzt.*

**Frau Saathoff** informierte, dass die Haushaltsmittel für den Brandschutz (I23-23-004) entgegen der ursprünglichen Planung im Investitionsplan aufgrund der bereits vorliegenden Brandschutzgutachten auf das Jahr 2022 vorgezogen werden müssen. Der Investitionsplan müsse entsprechend angepasst werden.



**Abgeordnete Altmann** kündigte einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Kitafinanzierung für die Haushaltsberatung 2022 an.

**Stv. Vorsitzender Jelken** bat darum, Anträge zukünftig rechtzeitig einzureichen. Der Fachausschuss und die Fraktionen müssten auch Zeit haben, sich mit dem Thema zu beschäftigen.

*Frau Herrmann nahm bis um 16.15 Uhr an der Sitzung teil.*

**Abgeordneter Weiss** verwies auf seine Fragen, die er im Rahmen der Klausurtagung der Freien Wähler zur Kitaförderung vorgelegt habe.

**Erster Kreisrat Dr. Puchert** antwortete zusammenfassend, dass es sich bei der Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten um eine originäre Aufgabe des eigenen Wirkungsbereiches des Landkreises handele. Die Zahlungen des Landkreises an die Gemeinden würden aus Eigenmitteln des Landkreises erfolgen, somit überwiegend finanziert aus Mitteln des allgemeinen Finanzausgleichs und der Kreisumlage.

Zahlungen des Landes (z.B. für Beitragsfreiheit der Eltern und Personalaufwendungen) würden direkt an die Träger erfolgen.

**Abgeordnete Altmann** erkundigte sich, wer sich an das Land wenden müsse, um einen höheren finanziellen Ausgleich für die Kindertagesstätten zu bekommen.

**Erster Kreisrat Dr. Puchert** wiederholte seine Ausführungen, dass der Landkreis die zuständige Behörde sei. Gegenüber den Gemeinden sei der Landkreis Auftraggeber. Das Konnexitätsprinzip gegenüber dem Land greife nicht, weil es sich nicht um eine später übertragene Aufgabe handele.

**Abgeordnete Altmann** fragte, welche Aufwendungen bei dem Produkt 365-01 (Tageseinrichtungen für Kinder) eingeplant seien.

**Frau Saathoff** verwies auf die sehr ausführlichen Erläuterungen in der Produktbeschreibung. Weitere Informationen seien mit dem Fachamt zu klären oder im zuständigen Fachausschuss zu stellen.

**Abgeordneter Meyerholz** schlug vor, die zuständigen Ansprechpersonen in den Produkten mit aufzunehmen. Dieses würden andere Landkreise ebenfalls praktizieren.

Dieser Vorschlag wurde von **Frau Saathoff** abgelehnt, da sich die Zuständigkeiten oftmals verändern würden und der Haushaltsplan somit dann nicht mehr aktuell sei. Außerdem seien die Amts- und Abteilungsleitungen dem Verwaltungsgliederungsplan zu entnehmen, der regelmäßig aktualisiert werde.

---

**TOP 6.1**      **Antrag der FW-Fraktion; Verdoppelung des Haushaltsansatzes für die langfristige Sicherstellung der Ärzteversorgung**  
**Vorlage: X-AF/2022/009**

**Abgeordneter Weiss** erläuterte kurz den Antrag.



**Erster Kreisrat Dr. Puchert** führte zu dem Haushaltsansatz zur Förderung der Stipendien der Medizinstudenten aus. Der eingereichte Antrag sei berechtigt. Die Verwaltung führe diesbezüglich bereits seit längerer Zeit Gespräche mit Frau Dr. Gesang von der Klinikleitung.

Gemäß Information der Klinikleitung sei es mit Blick auf die weitere Ausbildung möglich, weitere fünf bis sechs Studenten aufzunehmen. Eine qualitativ hochwertige Betreuung während des Studiums sei bei noch mehr Studenten nicht mehr gewährleistet.

Die Klinikleitung sehe sich mit einem Haushaltsansatz in Höhe von insgesamt 100.000 € gut ausgestattet.

Die **Abgeordneten Meyerholz und Weiss** waren mit einer Änderung des Antrages einverstanden (Erhöhung des Haushaltsansatzes um 40.000 € auf 100.000 €). Sollten die Mittel unterjährig nicht ausreichen, sei ein Feedback der Klinikleitung wichtig.

Es erfolgte eine Abstimmung über den geänderten Antrag.

Der Haushaltsansatz für die langfristige Sicherstellung der Ärzteversorgung wird von 60.000 € auf 100.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0  
➔ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 6.2**      **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Übertragung der Restmittel aus dem Kulturfonds und Verlängerung der Antragsfrist**  
**Vorlage: X-AF/2022/010**

**Abgeordnete Altmann** erläuterte kurz den Antrag.

**Frau Saathoff** führte aus, dass gemäß Rücksprache mit dem Schulamt eine Übertragung der Haushaltsmittel sowie eine Verlängerung der Antragsfrist möglich sei.

Die Restmittel aus dem Kulturfonds des Jahres 2021 werden in das Jahr 2022 übertragen. Die Antragsfrist wird von jährlich auf halbjährlich verändert.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 1  
➔ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 6.3**      **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Verwendung der Gewinne aus den Erlösen der Beteiligung an Windkraftanlagen für den sozialen Wohnungsbau**  
**Vorlage: X-AF/2022/011**

**Abgeordnete Altmann** erläuterte kurz den Antrag. Ihr sei bekannt, dass es sich beim sozialen Wohnungsbau nicht um eine Pflichtaufgabe, sondern um eine freiwillige Aufgabe handele.

Ihr sei bekannt, dass die TMZ GmbH jährlich Überschüsse in beträchtlicher Höhe erwirtschaftete, daher schlage ihre Fraktion vor, diese Gewinne zur Finanzierung dieser Aufgabe, die ja auch im Gesellschaftszweck genannt werde, zu finanzieren.

Sie monierte, dass die Jahresabschlüsse der TMZ nicht vorgelegt würden.

**Erster Kreisrat Dr. Puchert** sagte, dass eine Zustimmung zum Antrag voraussetze, dass es einen überörtlichen Bedarf gebe und der Landkreis somit für den sozialen Wohnungsbau zuständig sei. Der Bedarf bestehe jedoch nur in der Stadt Norden und vor allem in der Stadt Aurich. Da dieses bereits in der Vergangenheit erörtert worden sei, könne man nicht über die Gewinnverwendung der TMZ für den sozialen Wohnungsbau sprechen.

**Abgeordneter Bargmann** sagte, dass dieses Thema regelmäßig von den Grünen angesprochen werde. Wie bereits von der Verwaltung ausgeführt, sei man aber zu dem Ergebnis gekommen, dass sozialer Wohnungsbau keine Aufgabe des Landkreises sei. Die CDU-Fraktion werde den Antrag deshalb ablehnen.

**Abgeordnete Altmann** wiederholte ihre Ausführungen, dass ihr klar sei, dass der Landkreis nicht zuständig sei. Aufgrund der angespannten Haushaltssituation der Gemeinden mache es ihrer Auffassung nach aber Sinn, dass sich der Landkreis hier einbringe. In der Satzung der TMZ sei der soziale Wohnungsbau aufgenommen worden, sodass eine Gewinnverwendung auch dem Satzungszweck entspreche.

**Abgeordnete Harm-Rehrmann** teilte mit, dass die SPD-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde, da es sich nicht um eine originäre Aufgabe des Landkreises handele.

Auch **Abgeordneter Fohrden** lehnte den Antrag ab.

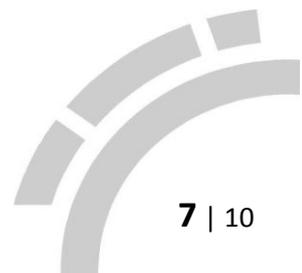
**Abgeordneter Meyerholz** wies darauf hin, dass er in der Sitzung, in der das Thema sozialer Wohnungsbau in der Satzung der TMZ festgeschrieben worden sei, anwesend gewesen sei. Er stelle sich jetzt die Frage, wenn sozialer Wohnungsbau nicht Aufgabe des Landkreises sei, warum das Thema in der Satzung überhaupt aufgenommen worden sei.

**Abgeordneter Wimberg** war der Meinung, dass der soziale Wohnungsbau vor Ort bei den kreisangehörigen Kommunen viel besser angesiedelt sei als beim Landkreis.

**Landrat Meinen** sagte, dass er den Vorwurf der Abgeordneten Altmann, dass die Abschlüsse der TMZ nicht vorgelegt werden, so nicht stehen lassen könne. Die Abschlüsse seien über das Unternehmensregister im Internet einsehbar und auch im Beteiligungsbericht aufgeführt.

Auch er war der Meinung, dass sozialer Wohnungsbau vor Ort bei den kreisangehörigen Kommunen besser angesiedelt sei.

**Abgeordnete Altmann** forderte die Verwaltung auf, den derzeitigen Stand der TMZ vorzulegen.



**Frau Saathoff** verwies auch auf die Darstellungen im Beteiligungsbericht (*Anmerkung: abrufbar auf der Internetseite des Landkreises über „Innerer Dienst / Beteiligungsmanagement“*). Außerdem seien im Haushaltsplan die aktuellen Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen abgedruckt.

Alle bisherigen und zukünftigen in der TMZ verwalteten Gewinne aus den Beteiligungen an Windkraftanlagen werden zu 75 % für den sozialen Wohnungsbau im Landkreis Aurich verwendet. 25 % sollen für Solaranlagen auf den Bauten des sozialen Wohnungsbaus investiert werden.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 3      Nein-Stimmen: 10      Enthaltungen: 0  
➔ **mehrheitlich abgelehnt**

---

**TOP 6.4**      **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Erstellung einer Kostenbedarfsplanung zur energetischen Sanierung der Außenfassade des Kreishauses**  
**Vorlage: X-AF/2022/012**

**Abgeordnete Altmann** erläuterte kurz den Antrag.

**Landrat Meinen** wies darauf hin, dass es zum jetzigen Zeitpunkt wenig Sinn mache, eine Kostenbedarfsplanung zu erstellen. Oftmals seien auch die Planungskosten förderfähig, es gebe aber noch kein entsprechendes Förderprogramm.

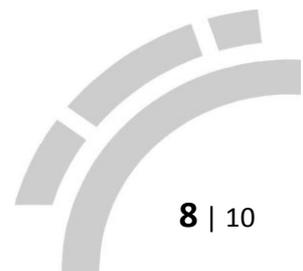
**Baudezernent Ahten** informierte, dass in den Jahren 2019/2020 eine grobe Berechnung zur Fassadensanierung des Kreishauses erstellt worden sei. Hier sei eine Summe von 10 Mio. € seitens des Technischen Gebäudemanagements ermittelt worden. Aufgrund der aktuellen Baukostensteigerung müsse diese Summe auf jeden Fall nach oben angepasst werden. Aus Sicht der Verwaltung sollte man zunächst entsprechende Förderprogramme abwarten.

**Abgeordnete Altmann** sagte, dass es ihrer Fraktion nicht um die Planung gehe, sondern um den Bedarf und die daraus resultierenden weiteren Investitionen (u.a. angepasste Heiz- und Lüftungstechnik).

**Landrat Meinen** wiederholte, dass zunächst Förderprogramme abgewartet werden sollten, insbesondere auch um eine Förderung der Planungskosten zu erzielen.

**Abgeordneter Wimberg** äußerte den Wunsch, dass man zukünftig vor der Stellung von Anträgen Kontakt zu Verwaltung aufnehmen sollte. Dieser Antrag zeige, dass die Verwaltung bereits Vieles erledigt habe.

**Abgeordneter Bargmann** meinte, dass sich der Landkreis aufgrund der steigenden Energiepreise in den nächsten Jahren intensiv mit der Sanierung der landkreiseigenen Gebäude beschäftigen müsse. Es sei eine Gesamtbetrachtung der Gebäude (u.a. Lüftung, Dämmung der Gebäudehülle, Fassade) wichtig. Die in dem Antrag gewünschte Umwidmung der Haushaltsmittel sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht der richtige Weg. Aus seiner Sicht gebe es außerdem auch noch andere Gebäude, die in einem energetisch schlechteren Zustand seien als das Kreishaus.



**Abgeordneter Meyerholz** erkundigte sich, ob und wenn ja wann, die Planungen für die Veränderung des Foyers des Kreishauses vorgestellt worden seien.

**Baudezernent Ahten** informierte, dass es für den Anbau des Kreishauses für die publikumsintensiven Bereiche an das Ordnungsamt (Straßenverkehrsabteilung, ehemals Tankstelle) ein Grobkonzept gebe, eine Vorstellung in der Politik aber noch nicht stattgefunden habe. Es gebe diesbezüglich und auch wegen der Veränderung des Foyers noch Abstimmungsbedarf mit den CARO-Eigentümern.

Ihr fehle die Trennschärfe zwischen der Veränderung des Foyers und dem neuen Eingangsbereich bei der ehemaligen Tankstelle, so **Abgeordnete Altmann**.

**Landrat Meinen** wies darauf hin, dass bei beiden Investitionsmaßnahmen die Gespräche mit dem Eigentümer abgewartet werden müssen.

Es wird eine Kostenbedarfsplanung zur energetischen Sanierung der Außenfassade des Kreishauses erstellt.

Die Finanzierung wird durch Umwidmung der Mittel zum Neubau des Eingangsbereichs (I23-13-016) und Um-/Ausbau Foyer (Ladenfläche) Kreishaus Aurich (I23-22-005) in Höhe von zunächst 500.000 € bereitgestellt. Der Ansatz von 550.000 € in 2023 wird im Bedarfsfall ebenfalls umgewidmet.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 1      Nein-Stimmen: 12      Enthaltungen: 0  
➔ **mehrheitlich abgelehnt**

---

**TOP 6.5**      **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Erhöhung der Aufwendungen für Tagespflegepersonen**  
**Vorlage: X-AF/2022/014**

**Abgeordnete Altmann** führte kurz zum Antrag aus.

**Abgeordneter Bargmann** sagte, dass die Einbringung des Antrages durchaus berechtigt sei, die inhaltliche Diskussion allerdings im Fachausschuss erfolgen sollte und bat deshalb um Verweisung in den Fachausschuss.

**Abgeordnete Altmann** erklärte sich mit der Verweisung in den Fachausschuss einverstanden, wenn entsprechende Haushaltsmittel eingeplant werden.

Einer Einplanung von Haushaltsmitteln würde die Entscheidung vorwegnehmen und sei somit nicht möglich, so **Abgeordneter Bargmann**.

Es erfolgte eine Abstimmung über die Verweisung an den Fachausschuss.

Der Antrag wird an den Jugendhilfeausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 12      Nein-Stimmen: 1      Enthaltungen: 0  
➔ **mehrheitlich beschlossen**

Es erfolgte eine Fortsetzung der allgemeinen dritten Haushaltsberatung 2022 unter Tagesordnungspunkt 6.

---

**TOP 7**      Verschiedenes, Wünsche und Anregungen

**Benennung von Vertretungen in Fachausschüssen**

**Abgeordneter Fohrden** bat darum, wie auch in der Vergangenheit praktiziert, zukünftig zu Beginn der Sitzungen bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit die Anwesenden und Vertretungen vom Ausschussvorsitzenden zu benennen.

---

**TOP 8**      Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

---

**TOP 9**      Schließung der Sitzung

**Stv. Vorsitzender Jelken** schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmenden um 16.30 Uhr.

---

\_\_\_\_\_  
gez. Jelken  
Stv. Vorsitzender

\_\_\_\_\_  
gez. Hanekamp  
Protokollführerin

